

aktiv

Wir haben die Info !

[www.gdp-dlr1.de](http://www.gdp-dlr1.de)

# Die GdP Direktion 1 informiert:

03.06.2010

GdP-Dir 1 Express Nr. 036/2010



INFORMATION . . . ■

GdP-Info Berlin: Nr. 31/2010

## Gewalt gegen Polizeibeamte

**GdP-Landesbezirksvorsitzender Michael Purper nimmt im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses (ISO-A) zur Gewalt-Studie (Zwischenbericht) des KFN Stellung**

(Vorabdruck eines Artikels für die Juli-Ausgabe unserer Monatszeitschrift Deutsche Polizei)

Auf Anregung des Abgeordneten Benedikt Lux, innenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat der ISO-A den neu gewählten Landesbezirksvorsitzenden der GdP Michael Purper am Montag, dem 31.05.2010 zu einer Anhörung über den Zwischenbericht der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) „Gewalt gegen Polizeibeamte“ eingeladen.

### **Befürchtungen wurden übertroffen**

„Mit der Vorlage dieses Zwischenberichtes wurden unsere Befürchtungen über die Entwicklung der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Berlin bedauerlicherweise noch übertroffen.“ Mit dieser Feststellung leitete Michael Purper seine Ausführungen vor dem ISO-A ein. „22.579 Kolleginnen und Kollegen wurden für diesen Zwischenbericht über ihre Erlebnisse im täglichen Dienst befragt. Damit ist das Ergebnis repräsentativ.“

### **Extremer Anstieg des Delikts „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“**

In den letzten zehn Jahren sind die Widerstandshandlungen bundesweit nach § 113 StGB um 23,4 Prozent extrem angestiegen. Der Anteil alkoholisierter Straftäter ist um 43,1 auf 65,5 Prozent gestiegen.

### **Täter werden immer jünger**

Bestätigt haben sich auch die Erkenntnisse aus der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Die Täter werden immer jünger. So sind 62,7 Prozent in der Altersgruppe zwischen 14 und 29 Jahren. In fünf Jahren stieg die Zahl der so genannten weniger schweren Übergriffe, die eine Dienstunfähigkeit von bis zu sechs Tagen zur Folge hatten, um 93,5 Prozent. Bei Personenkontrollen wurden 300 Prozent mehr Übergriffe registriert, die eine Dienstunfähigkeit von mindestens sieben Tagen nach sich zog.

## **Gewaltopfer Polizist im regulären Streifendienst**

81,9 Prozent der Befragten wurden beleidigt und/oder verbal bedroht. 47,8 Prozent festgehalten und/oder geschupst. 26,5 Prozent geschlagen und/oder getreten. 24,9 Prozent mit Gegenständen beworfen. 1,9 Prozent wurden mit einer Schusswaffe bedroht. Im regulären Streifendienst erhöht sich die Anzahl von 81,9 auf 95,6 Prozent (Beleidigungen/verbale Drohungen, von 47,8 auf 65,3 Prozent (festhalten und/oder schupsen) und von 26,5 auf 39,3 Prozent (Schläge und/oder Tritte).

**Diese Zahlen belegen, dass Polizistinnen und Polizisten im klassischen Streifendienst häufiger Opfer von Gewalt werden als im geschlossenen Einsatz.**

Zu den Konsequenzen, die aus diesem Zwischenbericht zu ziehen sind, führte der Berliner GdP-Vorsitzende aus:

„Die Präventionsprogramme der Polizei müssen nicht nur weiter betrieben, sondern ausgebaut werden. Diskussionsveranstaltungen in den Schulen, beginnend in den Grundschulen, über die Auswirkungen von Gewalt auf das Zusammenleben der Menschen müssen regelmäßig und langfristig stattfinden. Das Engagement in Projekten wie „STOPP TOKAT“, die Präsenz der Polizei mit Info-Ständen anlässlich von Festen und Veranstaltungen im Kiez und eine ständig sichtbare Polizei, die vor Ort Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger ist, würden helfen, Gewalt einzudämmen. Diese zusätzlichen Aufgaben sind von der Polizei aber nicht mit dem derzeitigen Personalbestand zu bewältigen. Zusätzliche Einstellungen sind dafür erforderlich.

## **Hier besteht politisch Handlungsbedarf**

Zum einen müssen schon jetzt die Grundlagen für eine **Werbekampagne** für die Polizei erarbeitet werden. In den nächsten Jahren werden nur noch die geburtenschwachen Jahrgänge die Schulen verlassen. Die Schülerinnen und Schüler werden sich nicht so ohne Weiteres direkt bei der Polizei bewerben. Bei der Nachwuchswerbung wird sich die Konkurrenz zur Privatwirtschaft und den Bundesbehörden in Berlin verschärfen. Es besteht die Gefahr, dass die Polizei dabei **zweiter Sieger** sein wird. Zum anderen muss der Einstellungsgrundsatz „Eignung, Leistung und Befähigung“ die Voraussetzung für das Auswahlverfahren bleiben. Dabei kann der gesellschaftliche Wandel in der Stadt Berücksichtigung finden, denn Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund sind in der Polizei ausdrücklich erwünscht. Nur ist es der falsche Weg, durch Gesetzesänderungen den Grundsatz „Eignung, Leistung und Befähigung“ außer Kraft zu setzen. Das würde im täglichen Dienst und in der Bevölkerung zu einer mangelnden Akzeptanz führen. Um das Problem zu lösen, sind die allgemein bildenden Schulen gefordert. Sie müssen die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung dieser Schülerinnen und Schüler schaffen.

## **Gesellschaftliche Normen sind einzuhalten**

Gruppeerungen, die zu Straftaten auffordern oder sie verharmlosen,

so genannte Vorbilder, insbesondere für junge Menschen, die mit ihrem Knastaufenthalt und ihren Schlägereien, auch mit Polizisten, prahlen oder bei Straftaten in Erscheinung treten, müssen die gesellschaftliche Ablehnung, die Ächtung, zu spüren bekommen. Hier sind auch die Medien in der Verantwortung.

## **Auch Personen des öffentlichen Lebens müssen ihre „Vorbildfunktion“ leben**

Rechtmäßigen polizeilichen Weisungen ist Folge zu leisten. Das Ausnutzen einer Sonderstellung, um sich vermeintliche politische Vorteile zu verschaffen, indem man polizeilichen Weisungen nicht folgt, ist der falsche Weg. Gerade Personen des öffentlichen Lebens müssen an die Folgen denken. Ein kurzfristiger medialer Erfolg kann dabei langfristig die Autorität des Staates zerstören.

## **Das Alkoholproblem junger Menschen muss bekämpft werden**

In der Studie wird deutlich, dass Alkohol zur Senkung von Hemmschwellen und zu Widerstandstaten führt. Oftmals ist das Suchtproblem ein Zeichen der Nichtanerkennung in unserer Gesellschaft. Diese Menschen müssen wieder „eingefangen“ werden. Dafür müssen ihnen Angebote unterbreitet werden, damit sie in unserer Gesellschaft wieder Tritt fassen können. Dazu gehören soziale Einrichtungen (Jugendclubs, Vereine) oder eine gute schulische Bildung. Beides ist für die Akzeptanz unseres Rechtssystems unerlässlich.

## **Vorverurteilung unterlassen**

In den Medien, aber auch in der Polizei, ist ein beängstigender Trend erkennbar, Menschen vorzuverurteilen. Die Unschuldsvermutung, die die Bürgerinnen und Bürger vor einer Vorverurteilung schützt, muss auch für Polizistinnen und Polizisten voll gelten. **Anwälte, die unsere Kolleginnen und Kollegen vor Gericht vertreten, berichten uns immer häufiger, dass Staatsanwälte und Richter die Glaubwürdigkeit von Polizistinnen und Polizisten grundsätzlich in Frage stellen. Das kann nur das Ergebnis eines tiefen Misstrauens in unsere Staatsgewalt sein.** Hier ist ein sensibleres Verhalten erforderlich.

## **Einführung eines § 115 StGB**

Die Gewerkschaft der Polizei fordert zur Schließung einer aus unserer Sicht vorhandenen Rechtslücke die Einführung eines § 115 StGB. Dieser Paragraf soll den Angriff gegen Vollstreckungsbeamte ahnden, der nicht durch den § 113 StGB erfasst ist. Der erhoffte abschreckende Effekt wird aber nicht allein durch eine Gesetzesänderung eintreten, sondern nur dann, wenn das Strafmaß voll ausgeschöpft wird.“

DER LANDESBEZIRKSVORSTAND

<http://www.gdp-berlin.de>

**Internet:** [www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de) ; **e-mail:** [gdp-berlin@gdp-berlin.de](mailto:gdp-berlin@gdp-berlin.de) ; **Tel.:** 21 000 4-0, **Fax:** 21 000 4-29  
Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kurfürstenstraße 112., 10787 Berlin

**GdP-Dir 1 Express - Ein Service Deiner GdP- Bezirksgruppe Direktion 1**  
**Internet:**[www.gdp-dir1.de](http://www.gdp-dir1.de) **Mail:**[bezirksgruppe@gdp-dir1.de](mailto:bezirksgruppe@gdp-dir1.de) **Tel.:** 030/46 64-10 08 01